

Dr. Anno Borkowsky

Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Baden-Württemberg

Donnerstag, 5. März 2015, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die chemische Industrie sind Energie und Rohstoffe wichtig und unverzichtbar. Ich möchte Ihnen daher zu diesem Thema und den Zusammenhängen mit unseren Unternehmen im Land berichten.

Stromkosten

Die Unternehmen der chemischen Industrie sind vor allen Dingen auf eine bezahlbare und sichere Stromversorgung angewiesen.

Die Stromkosten in Deutschland sind im internationalen Wettbewerb zu hoch. Alle regionalen Zusatzbelastungen im Strommarkt verschlechtern die Standortbedingungen. Dazu gehören aktuell insbesondere die EEG-Kosten. Sie und andere, ebenfalls speziell deutsche „Zuschläge“ auf den Strompreis sind Wettbewerbshindernisse!

Wir benötigen daher einen Strategiewechsel in der deutschen Energiepolitik. Die bisherigen Entlastungsregelungen greifen nicht ausreichend: nur gut ein Dutzend von den 440 Unternehmen in der baden-württembergischen Chemie sind von der EEG-Zulage befreit. Deutschlandweit hat die Branche 2014 fast 1 Milliarde Euro an EEG-Umlage bezahlt. Wir haben zwar das weltgrößte Chemie-Unternehmen in Deutschland – aber die große Menge der Unternehmen sind Mittelständler. Sie müssen diese Belastung schultern. Obwohl 2015 die EEG-Umlage leicht sinkt, wird sich Belastung mittelfristig weiter erhöhen.

Eigenstromerzeugung

Im novellierten Erneuerbare Energie-Gesetz geht außerdem Investitions- und Planungssicherheit für eine effiziente Energieversorgung an Chemiestandorten verloren: Der Bestandsschutz für Eigenstromanlagen, eigene, meist hocheffiziente Kraftwerke, ist vorerst bis Ende 2016 befristet ist. Neue Kraftwerke sollen belastet werden.

Das ist ein Investitionshemmnis! Die Bundesregierung sollte daher so schnell wie möglich einen unbefristeten Bestandsschutz für die Eigenstromerzeugung und akzeptable Regelungen für Neu-Investitionen beschließen. All dies muss wirtschaftlich tragfähige Lösungen ermöglichen.

Dieser Beschluss ist mit der EU-Kommission abzustimmen, um die Planungssicherheit für Investitionsvorhaben wieder herzustellen.

Ein weiterer Punkt ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Er treibt die Kosten von Strom in die Höhe. Daher müssen diese Energieträger wirksam und effektiv in den Strommarkt integriert werden. Das ist neben dem Kostenaspekt auch unter dem Blickpunkt des notwendigen Netzausbaus nötig.

Versorgungssicherheit

Bezahlbar und sicher muss der Strom für die Unternehmen sein. Noch ist er sicher – das ist ein wichtiger noch vorhandener Standortvorteil in Deutschland. Mittelfristig ist die Versorgungssicherheit aber in Gefahr. Denn der Netzausbau kann mit dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien derzeit nicht Schritt halten. Bisherige Zeitpläne sind Makulatur. Was heißt das? Die Netzbetreiber müssen zunehmend Maßnahmen zur Wahrung der Netz- und Systemstabilität tätigen.

Auf gut deutsch: Es wird zu Engpässen kommen, wenn wir nicht dringend gegensteuern. Ohne konsequenten Netzausbau ist der Industriestandort Deutschland gefährdet: Wir müssen Windenergie von Norden nach Süden bringen, wo sie gebraucht wird. Hier sind die großen industriellen Stromabnehmer!

Wenn wir das nicht schaffen, ist der Südwesten als Industrie- und Wirtschaftsstandort betroffen.

Mit dieser Meinung stehen wir nicht alleine da: Eine jüngst vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) an der Universität Stuttgart veröffentlichte Studie unterstreicht das. Dort werden „geeignete Maßnahmen“ gefordert: das sind u.a. die großen Überlandleitungen – sie müssen kommen. Wer eine erfolgreiche Energiewende für Deutschland will, kann nicht gegen den Ausbau der Leitungen sein.

Insofern unterstützen wir die Landesregierung in Stuttgart in ihren Bestrebungen, den Netzausbau voranzubringen. Dieser muss schnell und kosteneffizient erfolgen. Die zögerliche Haltung der bayrischen Landesregierung hinsichtlich des Netzausbaus ist dagegen wenig hilfreich, eher schädlich.

Klimaschutz

Verstehen Sie uns nicht falsch: Die Energiewende ist ohne die chemische Industrie und ihre Produkte nicht machbar. Dasselbe gilt für den Klimaschutz. Denn Energieeffizienz besitzt seit jeher eine hohe Bedeutung in der Chemiebranche.

So konnten zwischen 1990 und 2012 bei einem Produktionswachstum von annähernd 60 Prozent die absoluten Treibhausgasemissionen in etwa halbiert werden.

Auch der absolute Energieverbrauch wurde im gleichen Zeitraum deutlich reduziert. Produktion und Treibhausgasausstoß bzw. Energieverbrauch wurden somit nachweislich entkoppelt.

Hochwirksame Katalysatoren, durch die der Energieverbrauch bei zahlreichen chemischen Prozessen drastisch gesenkt werden kann, die Nutzung von Strom und Dampf aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen oder die die Produktionsverbundsysteme an den Standorten der Chemie, die Stoff-und Energieströme ressourcenschonend nutzen – so haben wir das geschafft.

Gleichzeitig stellen wir Produkte her, mit denen Bürger und die Industrie erhebliche Energieeinsparungen realisieren können – sei es durch moderne, leichte Werkstoffe, die zum Beispiel bei Windkraftanlagen zum Einsatz kommen, Dämmmaterialien für Wohnungen oder spritsparende Hightech-Reifen.

Wir produzieren mehr, verbrauchen weniger. Aber es ist klar: Effizienzsteigerungen im industriellen Bereich werden zwangsläufig immer kleiner ausfallen - und sie werden teurer werden. In vielen Bereichen ist da mittlerweile eine Grenze erreicht.

Aber unser Ziel ist es immer noch, unsere guten und erfolgreichen Produkte auch zukünftig innerhalb einer funktionierenden Wertschöpfungskette in Baden-Württemberg produzieren zu können.

Deshalb treten wir entschieden und immer wieder dafür ein,
dass die politischen Rahmenbedingungen
industriefreundlicher werden. Mehrbelastungen für die
Industrie lehnen wir ab. Sie gefährden unseren Standort.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.